

tatsächlich das politische Ende der Debatte gewesen war. Alles, was danach noch an Einwürfen kam, war zumeist nur noch publizistische Selbstbeschäftigung. In 12 Jahren war tatsächlich auch jedes nur erdenkliche Argument geprüft worden.

4.0. Medien. Akteure und die Metapher der Berliner Republik

4.1. Auswertung der Zeitungen

Die ausgewählte Presse stand bei der vorliegenden Untersuchung nicht im Mittelpunkt des Interesses. Die Zeitungen bildeten nur den „Resonanzboden“ der politischen Debatte über die bauliche Zukunft des Schlossplatzes. Daher war es nicht so bedeutend, wie sie genau über den Streit berichteten, sondern vielmehr, wem sie wie zur Öffentlichkeit verhalfen, bzw. wie sie ihre Leserschaft ansprachen. Darum werden ihre Positionen im Folgenden einzeln dargestellt. Sämtliche Argumente der Palast- und Schlossfreunde wurden so sichtbar – und darauf kam es an. Oder, um eine medizinisch-militärische Metapher zu benutzen: Die Zeitungen waren das Kontrastmittel, mit dem man die weit verzweigten Grabensysteme und den Frontverlauf dieses gesellschaftlichen Aufruhrs erkennen und analytisch auswerten konnte. Bereits nach 1998 gab es kein einziges Argument mehr, das nicht schon irgendwann einmal ins Feld geführt worden war. Die Debatte war mit der Bundestagsentscheidung 2002 aus dieser Hinsicht tatsächlich beendet. Der Streit hatte – auch wenn er noch nach 2002 weiter geführt wurde und mit Sicherheit auch noch bis in die Zeit der Fertigstellung des Humboldt-Forums (nach 2015) immer wieder aufflackern wird – für die Bundesrepublik keine Bedeutung mehr. Die „Normalität“ der „Berliner Republik“ ist bereits Alltag geworden.

4.1.1. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ)

Die *FAZ* neigte bis zuletzt eher einem Schlossnachbau zu, zeigte aber im Lauf der 12 Jahre viele Zwischentöne. In der *FAZ* eröffnete der konservative Publizist Joachim Fest bereits einen Monat nach der Widervereinigung 1990 mit einem langen Beitrag den Kampf um die Mitte. Hellsichtig – oder aus einem Wunschtraum heraus? – wurde der Palast 1993 als „politisch endgültig gescheitert“ angesehen. Völlig richtig wurde die Wirkung der Schlossattrappe eingeschätzt, die bis in die Gegenwart (2007) als Illustration für die Debatte stand und steht. Davon abgesehen ließen die Beiträge auch viel Platz für die Meinung des Verfassers. Das führte immer wieder zu „Ausreißern“, beispielsweise von Bartetzko, der oft genug bedauerte, dass echte alte Bausubstanz in Mitte unbeachtet geblieben sei, während man Millionen für den Wiederaufbau schlechter Imitate ausgegeben habe. Der Wiederaufbau der Kommandantur Unter den Linden 1 musste als Symbol für eine besonders missglückte Imitation erhalten.

Eine mediale Plattform für eigene Beiträge war die *FAZ* vor allem für Anhänger des Schlosses, was mehre Artikel des, neben Fest, Grandseigneurs des bundesrepublikanischen Konservatismus, Wolf Jobst Siedler exemplarisch beweisen. Dass sich auch Wilhelm von Boddien mit eigenen Beiträgen an die Leserschaft wenden konnte – etwa mit dem Beitrag über das Rigaer Schwarzhäupterhaus – verwunderte daher nicht. In die Blattlinie passte auch der publizistische Umgang mit den Anhängern des Palastes: ihre Aktionen wurden meist spöttisch kommentiert, nicht selten bis an die Grenze der Herablassung.

Warum kurz vor der Bundestagsentscheidung der Entwurf Schultes – eine barocke, zum Lustgarten hin geöffnete Dreiflügelanlage – als genialer Wurf und ultima ratio gefeiert wurde, bleibt auch im Nachhinein unverständlich. Ob hier persönliche Freundschaften im Vordergrund standen oder andere Vorteilmnahmen, sollte bei Gelegenheit extra untersucht werden.

Eine publizistische Besonderheit von kurzer Dauer bildeten die „Berliner Seiten“, die als lokaler Zusatz der *FAZ* in einer für die Debatte entscheidenden Phase beigelegt wurde. Sie erschien nur in der Zeit vom 1. September 1999 (Nr. 202) bis zum 29. Juni 2002 (Nr. 148.) und wurde dann aus finanziellen Gründen eingestellt. Die Berliner Seiten waren in ganzer Linie pro Schloss und schalteten sich immer wieder in oft launiger Art in die Debatte ein. Besonders der Schriftsteller Florian Illies („Generation Golf“) überhäufte die Gegner eines barocken Neubaus mit scharfer Kritik. Strieder, Nida-Rümelin, Conradi und Flierl wurden so zu „falschen Demokraten“ stilisiert und zu Hauptgegnern der *FAZ*.

Anhand der Veröffentlichungen konnte man klar erkennen, dass die *FAZ* immer an dem Tag Stellung in der Debatte bezog, wenn Landes- oder Bundespolitiker zu einer Veranstaltung zusammen kamen, auf der über den Schlossplatz gesprochen werden sollte. Die Intention, so mittelbar auch bei der Entscheidungsfindung mitwirken zu können, kann daher als erwiesen angesehen werden.

Die Schlossplatzdebatte fand in der *FAZ* vor allem im Feuilleton statt. Genutzt wurden aber alle Arten der Publizistik, Meldungen, Kommentare, Glossen, Berichte, Interviews und technische Erörterungen.

4.1.2. Die *tageszeitung (taz)*

Angesichts des späteren Verlaufs der Debatte in der *taz* ist es schier unglaublich, dass die gleiche Zeitung nach der Wiedervereinigung 1990 die Rekonstruktion des Schlosses forderte. Die Sprengung wurde als „sinnlose Zerstörung“ bezeichnet. Diese erste Position wich jedoch bereits 1991 der Auffassung, der Abriss des Palastes und es MfAA wäre eine ebensolche Wiederholungstat, die nicht legitim sei. Geschichte könne nicht abmontiert werden und die städtebauliche Situation von 1830 könne nicht mit der von 1992 gleichgesetzt werden. Jeder, der eine romantische Rekonstruktion fordere, wisse nicht, was Geschichtsbewusstsein sei. Daher engagierte sich die *taz* seit spätestens 1992 für einen „Palast des Geistes“ im Sinne des Graffunder-Plans, der eine Ergänzung des vorhandenen Baus vorsah. Eine Art Berliner Centre Pompidou war die Vision, die am häufigsten beschworen wurde. Ein Baukörper in der Form des Schlosses wurde dabei nicht prinzipiell abgelehnt, auch nicht architektonische Reminiszenzen; allein eine visuelle Rekonstruktion, die so tut, als ob nichts gewesen wäre, als habe es den Krieg gegen Nazi-Deutschland nie gegeben und auch nicht die Vernichtung der Schlossruine durch deutsche Kommunisten, wurde von der *taz* in aller publizistischer Heftigkeit abgelehnt. Besonders hervor taten sich dabei Uwe Rada und Rolf Lautenschläger. Mit bissigen Kommentaren wiesen beide immer wieder auf den Kern der Debatte, auf die Sehnsucht der Berliner Republik nach Normalität, auf die „Besoffenheit“ der Menschen, die sich wieder das Schloss wünschten. Zwar wurde in diesem Zusammenhang der Rausch richtig, die Wirkung aber der Schlossattrappe völlig falsch eingeschätzt. Für die *taz* war das Schloss mit der Attrappe erledigt, die Idee gescheitert, doch genau das Gegenteil war richtig, wie nicht nur die *FAZ* richtig vorhergesagt hatte. Von der *taz* wurden die Schlossfreunde als eine Gruppe von Irren bezeichnet, als Spinner, die etwas vollkommen Aberwitziges erreichen wollten. Beliebtes Ziel der Angriffe war erwartungsgemäß Wilhelm von Boddien, der „Fischkopp“ mit den „Goldknöpfen“ am Blazer, der für Preußens Gloria kämpfte. Er wurde das Symbol des preußischen Privatjunkers, der gegen DDR-Staatssymbolik anrannte; eine andere Art der „Gutsherren“ lokalisierte die *taz* auf der Bundesebene. Überlegungen des Bundes bezüglich der anvisierten Neubauten für die Bundesministerien wurden als undemokratische Landnahme angeprangert und als Besatzermentalität abgelehnt. Als umfangreiche Neubauten aufgrund knapper öffentlicher Kassen obsolet geworden waren, konzentrierte sich die *taz* auf die Finanzierungs-Debatte und prangerte die geplanten Ausgaben als Geldverschwendung an. Darüber hinaus zeigte sie viel Verständnis für die Palastfreunde und berichtete über deren kaum besuchte Veranstaltungen. Gleichwohl warnte

die *taz* vor einer Verklärung des Palastes und erteilte der Versuchung, ihn zu mystifizieren – etwa wie das *ND* – eine glatte Absage. Hier konnte (und wollte?) die Zeitung ihren Ursprung aus dem westdeutschen, bürgerlich-alternativem Milieu nicht verleugnen.

In der Beurteilung der Berliner Mitte war die *taz* nicht konsequent: Mal wurde der Ort als bundesdeutsches Politikum schlechthin beurteilt, dann wieder als bloße Lokalangelegenheit abgetan. Die Zuständigkeit des Bundestages wurde nicht zuletzt dadurch bezweifelt. Die Meinung, in Berlin werde die DDR abgeräumt, war vollkommen überzogen. Jeder oberflächliche Blick auf die Bauten um den Alexanderplatz, die Fischerinsel und das Staatsratsgebäude, aber auch auf die Stadtstruktur der östlichen Mitte insgesamt, zeigen im Vergleich zu 1949 bis zum heutigen Tag gravierende Veränderungen; sie wurden von der DDR veranlasst.

Der Vorschlag Lehmanns, die außereuropäische Kunstsammlungen aus Berlin-Dahlem in das Humboldt-Forum zu verlagern, wurde uneingeschränkt als Chance für die Moderne gewertet – und lebhaft begrüßt.

4.1.3. Das *Neue Deutschland* (*ND*)

Das *ND* als ehemaliges Sprachrohr der SED setzte sich publizistisch immer für den Palast der Republik und seine Befürworter ein. Es war „ihr“ Palast, den sie erzwungener Maßen „übergebracht“ hatten. Aus dieser Grundkonstellation und der Tatsache, dass die Auflagenzahl der Zeitung nach der Wende dramatisch abstürzte, resultierte der eigentümlich-trotzige Stil, der immer etwas Gekränktes und Weinerliches hatte. Dass der Palast als Symbol der DDR stand und auch nur deshalb angegriffen wurde, darüber herrschte im *ND* Einigkeit. Der Asbest galt als Vorwand, die Sanierung des ebenfalls verseuchten ICC als Skandal und als Beweis. Sämtliche Aussagen politischer Feinde und Freunde wurden aus dieser Grundannahme heraus interpretiert; Hauptinterpret war Bernd Kammer. Der Feind, das war vor allem „Bonn“ und die CDU, insbesondere die Berliner und der Berliner Südwesten. Exemplarisch war eine Meldung des *ND*, wonach Schüler eines „Zehlendorfer Gymnasiums“ in ihren Planungen für den Palast keinen Platz vorsahen. Trotz dieser eigentümlichen Geographie des Kalten Krieges und einer kaum unterdrückten Nostalgie mühte sich das *ND* redlich um Sachlichkeit. Den Anstrengungen v. Boddien wurde nicht zuletzt daher mit Achtung begegnet, ja sogar mit Bewunderung, wie beispielsweise im Dezember 1996, als es hieß, die Energie, mit der er seinem Lebenstraum reale Konturen gebe, lasse kaum noch Zweifel aufkommen, dass eines Tages nicht nur eine „gelbe Plastikhülle“ auf dem Schlossplatz stehen werde. Auch das *ND* schätzte tendenziell richtig ein, dass der Palast keine Chance haben werde. Gleichwohl wurde die Hoffnung nie aufgegeben und zeigten sich Möglichkeiten einer Zwischennutzung, wurden sie publizistisch freudig unterstützt, ebenso wie alle Palasterhaltungsmaßnahmen, Demonstrationen, sanfte Belagerungen etc.

Als Generalanwalt für den Palast kam der „renommierte“ (Ost-) Berliner Architekturhistoriker Bruno Flierl immer wieder zu Wort, ebenso der „Wessi“ Conradi. Der Umgang mit dem „Ossi“ Wolfgang Thierse, einem erklärten Schlossfreund, war hingegen schwieriger; er missbrauche sein Amt als Bundestagspräsident – zu schärferen Angriffen konnte sich das *ND* nicht durchringen.

4.1.4. Die *Junge Welt* (*JW*)

Die *Junge Welt* (*JW*), das ehemalige Sprachrohr der organisierten DDR-Jugend, hatte nach der Wende mit ganz ähnlichen Problemen kämpfen wie das *ND*. Verlust der Monopolstellung, Verlust des staatlich-ideologischen Rückhalts und ein Absturz der Auflagenzahl prägten die ersten Jahre nach dem Untergang der DDR. Daher glichen *ND* und *JW* im Stil und der Auswahl der Themen. Aus heutiger Perspektive kann man sagen, dass die *JW* schrittweise

einen radikaleren Weg in der Systemkritik einschlug, bis hin zu nationalbolschewistischen Positionen. Doch zunächst konzentrierte sich die *JW* in der Schlossplatzdebatte auf die Asbestfrage. Zu beweisen, dass der Asbest nur ein vorgeschobenes Argument war, um das Volkshaus der DDR „kaputt zu sanieren“, hatte oberste Priorität. Dazu wurde immer wieder erklärt, dass „der Westen“ mit seinen eigenen asbestverseuchten Bauten viel behutsamer umging, etwa mit dem ICC, oder mit „4000 Bauten in West-Berlin“, wie es bereits im Dezember 1990 hieß. Ende der 1990er Jahre ergänzte die *JW* ihre Kritik mit dem Aspekt der Geldverschwendung und mit dem der Willkür durch die Entscheidung gegen den vermeintlichen Willen „der Bürger“. Das Humboldt-Forum selbst wurde als „Kulissenzauber“, „Potemkinsches Dorf“ und „gebaute Weltanschauung“ bezeichnet das letztlich von Menschen unterstützt worden sei, die ein „von“ in ihrem Namen hätten; viele dieser „Sorte Mensch“ sei wieder in Berlin zu finden, hatte die *JW* in einem Erklärungsversuch bedauernd festgestellt und damit nicht nur einmal bewiesen, dass für sie der Klassenkampf aktueller denn je war.

4.1.5. Die *Süddeutsche Zeitung* (SZ)

Nach der Wiedervereinigung, insbesondere nach der Entscheidung des Bundestags, Berlin wieder zur Hauptstadt Gesamtdeutschlands zu machen, verschoben sich die politischen Kraftfelder Westdeutschlands. München, beispielsweise, war nicht mehr die „heimliche Hauptstadt“. Die *Süddeutsche Zeitung* (SZ) blieb zwar auch nach 1990 die auflagenstärkste Tageszeitung im Segment der „Qualitätsblätter“, aber der Verlust des heimlichen Hauptstadtnimbus hinterließ auch in der Redaktion Spuren, wie man nicht zuletzt an der Schlossplatzdebatte erkennen konnte.

In der Anfangsphase wurde nicht nur wenig über das anschwellende Grummeln in Berlin berichtet, die Debatte wurde auch als lokales Phänomen abgetan. Für die *SZ* war der Streit eine „Berliner Diskussion“, der sie sich zunächst nachdenklich-abwägend annäherte. Während die Asbest-Frage keine Rolle spielte, wurde ab 1997/98 gegen die drohende barocke Fassade angeschrieben. Ausgerechnet die Schlossfassade sei – abgesehen von seinem skulpturalen Schmuck – am unbedeutendsten gewesen; jede „Miniresidenz“ in Süddeutschland habe im Vergleich zum Stadtschloss eine kraftvollere Form gehabt, es herrsche daher „Fassadensentimentalität“. Eine notwendige Aura werde so niemals entstehen können. Der geplante Bau werde eine schlechte „Preußen-Kopie“, es drohe „Las Vegas“ und stilistischer „Misch-Masch“, „Angst“ hänge über der Stadt, das Schloss werde von seinen Befürwortern dem unbeteiligten Rest „eingeredet“, Neues müsse erlaubt bleiben – einzig in der Funktion des Humboldt-Forums als Kulturzentrum spendete die *SZ* Applaus. Darüber hinaus sah sie sich als Bewahrerin des Föderalismus und meinte im Hinblick auf das Schloss, der Bund sollte auf keinen Fall finanzielle Hilfen gewähren, die Münchner Residenz sei ja schließlich auch von Bayern wiederaufgebaut worden.

Noch am Tag der Bundestagsentscheidung erkannte die *SZ*, dass es nicht nur um bloße Architektur gehen werde, sondern um die Identität der Berliner Republik.

4.1.6. *DIE WELT*

Wenn das *ND* seine Gegner vor allem im Umfeld der Bürgerlichen ortete, dann waren sie für die sogenannte „Springer-Presse“ vor allem im Umkreis der ehemaligen DDR-Organisationen und ihren Nachfolgern zu suchen. Trotzdem bewegte sich die *Welt* in der Schlossplatzdebatte lange Zeit im neutralen Bereich. Es wurde hauptsächlich kurz gemeldet, wer, was, wie zu Palast und Schloss zu sagen hatte. Wertende Kommentierungen waren kaum zu bemerken, langatmige Analysen fehlten aufgrund der Blattstruktur ganz. Konsens war die „Ödnis“, die in der Berliner Mitte geherrscht habe und für die eine Lösung gefunden werden müsste. Erst

2000 kann man davon reden, dass sich die *Welt* für einen klaren Kurs pro Schloss festgelegt hatte, denn im November 2000 startete sie die Serie „Das Schloss bauen?“. Allein schon der suggestive Charakter der Frage war verräterisch; es hieß ja nicht: „Den Palast erhalten?“, oder, was der Wahrheit am nächsten gekommen wäre: „Palast erhalten oder Neubau mit oder ohne barocker Fassade?“

Die *Welt* verhehlte ihre Sympathie für eine Rekonstruktion in der Endphase der Debatte nicht mehr. In den Beiträgen war nun immer von dem „Schloss“ die Rede, von „ewigen Formen“, von „Rückbesinnung“ und von dem „Respekt für den Kollegen Schlüter“. Wilhelm von Boddien schrieb mehrere Beiträge für die *Welt*, in der er unwidersprochen seine Sicht der Dinge verbreiten konnte – Schlossgegner wurde im gleichen Umfang kein Forum geboten. Der Einsatz ging so weit, dass die anstehende Rekonstruktion im April 2002 als „eine befreiende Tat“ gefeiert wurde, die zu den „Grundlagen der politischen Zivilisation Europas“ führen werde.

Berliner Boulevard-Zeitungen, die ebenfalls im Besitz des Verlagshauses Springer waren, wie beispielsweise die Berliner Zeitung (BZ), folgten, wie Stichproben ergeben haben, der Blattlinie der *Welt*; sie wurden jedoch aus Gründen, die bereits in der Einleitung dargelegt wurden, nicht in die Arbeit miteinbezogen.

4.1.7. DER SPIEGEL

Anders als die Tageszeitungen setzte der *Spiegel* weder eigene noch neue Akzente in der Schlossplatzdebatte. Seine Berichterstattung war daher vollkommen ausgewogen. Joachim Fest durfte ebenso publizieren, wie Bruno Flierl, der über eine „Art Säuberung“ in der Hauptstadt klagte. Auch Siedler stritt mit Buddensieg über die richtige Lösung für den Schlossplatz. Dass die Sprengung des Schlosses ein „barbarischer Akt“ war, daran ließ das Magazin allerdings keinen Zweifel. Noch vor der Wiedervereinigung, im September 1990, publizierte der *Spiegel* einen ausführlichen Beitrag zum 40. Jahrestag des Beginns der Sprengungen. Auf diese publizistische Vorarbeit konnte Joachim Fest kaum acht Wochen später aufbauen, als er im November 1990 seinen Auftakt in der *FAZ* veröffentlichte. Streng formal konnte er daher immer behaupten, im wiedervereinigten Deutschland die Schlossplatzdebatte angestoßen zu haben; so sah es ja auch Hennet in ihrer Untersuchung. Im Hinblick auf den besagten *Spiegel*-Artikel, der eine größere Verbreitung und Wirkung gehabt haben dürfte, als der *FAZ*-Beitrag, muss Fests Verdienst jedoch relativiert werden.

Zusammenfassend war es wohl das reichlich genutzte Bildmaterial des *Spiegel* – Attrappe, Schloss, Palast – das seine Wirkung gehabt hatte. Kein anderes untersuchtes Medium (außer das *ZEIT*-Magazin von 1993) konnte aus technischen Gründen die Qualität der Bilder im Hochglanzformat konterkarieren.

4.1.8. DIE ZEIT

Der erste Beitrag, in dem sich die *ZEIT* auf originelle Weise der Debatte annäherte war mittels des *ZEIT*-Magazins 1993. Der Beitrag lebte und wirkte durch die großformatigen Fotos; das SED-Monument sei zum Geisterhaus verkommen, hieß es dort, und eigentlich hätte damit ein Abgesang auf den Bau beginnen können. Doch was der *ZEIT*-Redaktion in Hamburg noch suspekter war als der DDR-Palast, der „architektonische Zombie“ (Die *ZEIT* 1995), war die Rekonstruktion des Schlosses. Daher wurde fortan gegen solches Bestreben angeschrieben. Merkwürdig genug – oder exakt geplantes Kalkül? –, dass ausgerechnet im Februar 1999 in der *ZEIT* Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) das Gespräch veröffentlichen ließ, in dem er sich klar für eine exakte Rekonstruktion des Schlosses aussprach. Nach dem Wahlsieg vom Herbst 1998 hatte Schröder in dem ausführlichen Interview so etwas wie einen politischen Fahrplan skizziert. „Offen“ sollte die Berliner

Republik werden – mit einer „schönen“ und zugleich „volksbefriedenden“ Architektur in der Mitte der neuen Hauptstadt. Schröders Votum hielt die ZEIT jedoch nicht davon ab, gegen die Rekonstruktion zu wettern. Der Umgang mit dem Palast wurde kurzerhand zum Symbol für den Umgang der Deutschen mit ihrer Geschichte erklärt; und zum Raubzug gegen die kulturelle Identität der Ostdeutschen. Weder werde ein neues Schloss eine neue Mitte stiften, noch werde das Zusammenwachsen von Ost und West dadurch befördert – im Gegenteil, war sich die Hamburger Wochenzeitung sicher. Für die ZEIT war die Entscheidung für ein barockes Humboldt-Forum eher ein Hindernis für eine gemeinsame Identität, ein überflüssiger Kulissenzauber, den sich obendrein Berlin nicht leisten könnte und der Bund nicht bezahlen sollte.

4.2. Motive und Weltanschauungen der Akteure

Entscheidungen werden von Menschen getroffen. Etwas nicht zu entscheiden, entspringt auch einer Entscheidung, ebenso eine Aktion, mit der man eine Entscheidung umgehen will. Eine Entscheidung ist eine Aktion; ein Entscheidender ist daher immer ein Akteur. Ein Akteur ist aber immer auch ein Kind seiner Biographie und seiner Zeit; er steht daher nie immer nur für sich alleine.

In der Schlossplatzdebatte gab es viele Entscheidungen zu fällen. Die Hauptentscheidung, den Palast der Republik abzureißen, um einen Neubau mit barocker Fassade zu errichten, wurde nicht von einer Person gefällt. Dass am Ende die Abgeordneten des Bundestages in namentlicher Abstimmung abstimmen mussten, war das Endprodukt einer zwölfjährigen Entscheidungsfindung, die aus einer schier unendlichen Kette von kleinen Entscheidungen bestand. Jede dieser Ketten in ihrer Eigenheit und in ihrer Interdependenz zu einer jeweils anderen Kette zu identifizieren ist völlig unmöglich und wird daher auch nicht angestrebt. Es brächte für die der Arbeit zugrunde liegende Fragestellung auch wenig Erkenntnisgewinn. Es reicht in diesem Zusammenhang die Annahme, dass die Bundestagsentscheidung nur noch die Spiegelung eines gesellschaftlichen Konsenses war, der sich gerade deshalb über die üblichen Parteigrenzen und Milieus hinweg seinen Weg brach. Was daher geleistet werden konnte und musste, das war die Analyse und „Enttarnung“ der Ideale, der Weltanschauungen, das Geschichtsbewusstsein und die Ideologien, die den Akteuren zu eigen waren. In der Masse der Akteure hatten sich wenige durch eine klare Position hervorgetan. An ihnen konnte exemplarisch in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich gezeigt werden, was sie in ihren Entscheidungen getrieben hatte. Um diese persönlichen Bezüge in ihrer ganzen Dimension ausloten zu können, wäre es sicher am besten gewesen, von allen ausgewählten Akteuren eine exakte Biographie, ein Psychogramm, zur Verfügung zu haben. Da es diese aber nicht in der gewünschten Auswahl gab, sie zudem dem Umfang der Arbeit ungeheuerlich erhöht hätten, musste es reichen, sich an den Anhaltspunkten zu orientieren, die aufgrund von Presseartikeln und anderen Fundstellen zur Verfügung standen.

4.2.1. Die Anhänger einer Schlossrekonstruktion

4.2.2. Der Lobbyist: Wilhelm von Boddien

Der Kristallisationspunkt der Schlossfreunde, ihr Zentrum und Motor, war ohne Zweifel Wilhelm von Boddien. Geboren am 27. Februar 1942 in Stargard (Hinterpommern, heute Polen), absolvierte er sein Abitur 1962 in Reinbek bei Hamburg. Von 1962 bis 1964 war er bei der Bundeswehr (Fernmelder) und verließ die Armee als Leutnant der Reserve; im Anschluss absolvierte er bis 1966 eine kaufmännische Lehre und trat in den väterlichen

Betrieb für Landmaschinenhandel ein.²¹⁸⁵ Warum gerade er sich in den Kopf gesetzt hatte, das Stadtschloss wieder aufbauen zu lassen, bleibt für Außenstehende unklar, auch wenn es Hinweise darauf gibt, dass seine Mutter in ihm das Interesse an Architektur geweckt hatte.²¹⁸⁶ Irgendwann in den 1970er Jahren begann er sich für das Berliner Schloss zu interessieren. Auch für seine politische Prägung gibt es vage Hinweise; so hat v. Boddien nach dem Mauerbau 1961 im fahrbaren sogenannte „Studio am Stacheldraht“ an anti-kommunistischer Propaganda nach Ost-Berlin mitgewirkt. Er ist verheiratet und hat fünf Kinder und vier Enkelkinder; mehr Privatleben verriet er nicht. Mitglied einer Partei war v. Boddien offenbar nicht, ebenso wenig hatte er Anstalten gemacht, in Berlin politische Karriere zu machen. Den einzigen Posten, den er für kurze Zeit (1994-96) bekam, war die Geschäftsführung der Berliner Marketinggesellschaft „Partner für Berlin“; dort galt er allerdings schnell als Fehlbesetzung und musste gehen.

Für das Schloss führte v. Boddien ausschließlich ästhetische und stadtplanerische Argumente an. Die Bezüge der Stadtmitte sollten wieder hergestellt werden – nicht mehr und nicht weniger. Vorbild waren ihm dabei vor allem Warschau, aber auch andere Städte, die ihre zerstörten Baudenkmäler wieder aufgebaut hatten. Allerdings hatte er eine detaillierte Komplettrekonstruktion des Schlosses zu keiner Zeit gefordert. Nur die barocke Fassade und einige wichtige Räume sollten wieder in handwerklicher Arbeit gebaut werden. Das Schloss war für ihn keine elitäre oder aristokratische Angelegenheit; „die Berliner“ sollten die Bauherren werden, durch Schloss-Aktien, Spenden, durch Anteilnahme und Mitentscheidung – direkt oder über ihre Abgeordneten. Weder über die bundesrepublikanische Demokratie, noch über die Parteien kamen ihm ablehnende oder verächtliche Aussagen über die Lippen. Als Mensch soll er einen „panzerbrechenden Charme“ (*FAZ*) besessen haben, der ihm mit Leichtigkeit jede Tür öffnete. Bei Entscheidern in der Politik ging er offenbar ein und aus. Als Vision schwebte ihm ein Treffpunkt vor, in dem es rauschende Bälle und Kongresse, hochkarätige Polit- und Wirtschaftszusammenkünfte, schicke Kaffees, Kultureinrichtungen und ein Luxushotel geben sollte. Damit dort wieder etwas entstehen könne, was mit der durch die Nazizeit verursachten Emigrationswelle in Berlin verlorengegangen war – vermutete die *FAZ* in einer Würdigung. Mit der Schlossattrappe 1993/94 hatte v. Boddien seiner Vision eine sichtbare Gestalt gegeben, die von vielen zurecht als entscheidender Wendepunkt in der Debatte angesehen wurde. Der Verein, der zur Verwirklichung und als juristischer Träger der Attrappe 1992 gegründet worden war, und dessen ununterbrochener Vorsitzender er bis 2004 werden sollte, entwickelte sich im Lauf der Jahre zu einer effektiven Lobby-Maschine, die einen überragenden Anteil in der Entscheidungsfindung für das Humboldt-Forum hatte. 2004 gab v. Boddien den Vorsitz an den Ostdeutschen Theologieprofessor Richard Schröder (SPD) ab und wurde statt dessen bezahlter Geschäftsführer des Vereins. Zuvor hatte er seine Handelsfirma insolvent gemeldet.

4.2.3. Konservative Intellektuelle: Joachim Fest und Wolf Jobst Siedler

Sekundiert wurde von Boddien von zwei Altmeistern des bundesrepublikanischen Konservatismus: Joachim Fest und Wolf Jobst Siedler. Bei beiden schwang schon mehr mit, als bloßer Ästhetizismus, wenn sie sich für das Schloss einsetzten.

Fest, 1926 als Sohn eines Beamten in Berlin geboren, wuchs in einer bildungsbürgerlichen Familie auf und wurde politisch von der Zentrumsparterie geprägt²¹⁸⁷. International bekannt wurde er durch seine Hitler-Biographie. Als Mitherausgeber der *FAZ* hatte er den sogenannten „Historikerstreit“ mit ausgestoßen. In zahlreichen Veröffentlichungen

²¹⁸⁵ Vgl. www.morgenpost.de/content/2004/11/21/politik/717397.html

²¹⁸⁶ Vgl. ebd.

²¹⁸⁷ Vgl. www.whoswho.de/templ/te_bio.php?PID=2157&RID=1

beschäftigte er sich mit dem Dritten Reich. Im November 1990 war es Fest, der in einem *FAZ*-Artikel die Rekonstruktion des Stadtschlusses gefordert hatte.

Auch Siedler kam aus dem bürgerlich-konservativen Milieu.²¹⁸⁸ Ebenfalls 1926 in Berlin geboren, arbeitete er nach dem Studium im Verlagswesen und gründete später seinen eigenen Verlag, der sich vor allem mit zeitgeschichtlichen Themen befasste. Siedler beschäftigte sich in seinen Werken vornehmlich mit Preußen, der verlorenen Heimat, der „gemordeten Stadt“ und dem Niedergang Deutschlands. Dass man auch Kopien wertvoller Bauten anfertigen dürfe, wurde von ihm ausdrücklich bejaht.

4.2.4. Politischer Antikommunismus: Die Berliner CDU und Uwe Lehmann-Brauns

Als Vertreter des „Schlossflügels“ innerhalb der Berliner CDU, die sich ebenso wie v. Boddien von Anfang an für eine Rekonstruktion des Schlosses einsetzte, muss Uwe Lehmann-Brauns gesehen werden. Er wurde 1938 in Potsdam geboren, studierte Jura an der FU-Berlin, wo er auch promoviert wurde und ist seit 1979 in der Berliner Landespolitik aktiv.²¹⁸⁹ Lehmann-Brauns war Mitbegründer des „Bürgerbüros zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur“ und veröffentlichte zeit- und kulturkritische Aufsätze. 1996 veröffentlichte er einen Beitrag in dem Sammelwerk „Von der Wiederkehr des Sozialismus“. Ihm lag es tatsächlich daran, den Sozialismus, den er in dem Palast verkörpert sah, „besiegen“ zu müssen. Seine persönlichen Äußerungen und die Linie der kulturpolitisch maßgeblich von ihm geprägten Berliner CDU ließen zu keiner Zeit daran zweifeln, dass er alles daran setzen würde, um eine Modernisierung des Palastes zu verhindern.

4.2.5. Der „Schloss-Ossi“: Wolfgang Thierse

Wolfgang Thierse wurde 1943 in Breslau geboren.²¹⁹⁰ Nach seinem Studium der Germanistik und der Kulturwissenschaften an der Berliner Humboldt-Universität arbeitete er bis 1975 beim Ministerium für Kultur der DDR; er wurde entlassen, nachdem er sich geweitert hatte, die Abschiebung eines Dissidenten zu unterstützen. Thierse arbeitete ab 1977 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR; parteipolitisch war er zunächst nicht aktiv. Erst in der Wendezeit trat er 1989 dem Neuen Forum bei und gelangte über Stationen bei der Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP) und den freien Volksammerwahlen 1990 nach der Wiedervereinigung als Abgeordneter der SPD in den Deutschen Bundestag. Von 1998 bis 2005 war er Präsident des Bundestags; in dieser Position war er zu „politischer Neutralität“, nicht aber zu apolitischer Zurückhaltung verpflichtet. In der Schlossplatzdebatte äußerte er sich daher nicht oft, seine Stellungnahmen wurden aber umso mehr beachtet. Vehement bestritt er, dass der Palast als beliebtes „Volkshaus“ ein Bau der kulturellen Identität der Ostdeutschen gewesen war. Damit stand er dem wichtigsten Argument der Palastfreunde diametral gegenüber. Thierse wurde so zum ostdeutschen Kronzeugen gegen den Palast. Seine Meinung brachte ihm heftige Angriffe von Seiten der PDS, der *JW* sowie des *ND* ein. Ihm wurde vor allem der „Missbrauch“ seines Amtes vorgeworfen.

4.2.6. Die Anhänger des Palasts der Republik

4.2.7. Manager der Macht: Peter Strieder

²¹⁸⁸ Vgl. www.whoswho.de/templ/te_bio.php?PID=1788&RID=1

²¹⁸⁹ Vgl. www.cdusz.de/person.php?nummer=209&code=200411231837472

²¹⁹⁰ Vgl. www.wolfgang-thierse.de

Strieder, 1952 in Nürnberg geboren, wurde nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 22. Oktober 1995 Senator für Bau- und Wohnungswesen, Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr.²¹⁹¹ Strieder blieb bis 2004 ununterbrochen auf diesem Posten, dessen Amtsbezeichnung nach den Wahlen 1999 in Senator für Stadtentwicklung geändert wurde; erst im Zuge der sogenannten „Tempodrom-Affäre“, in der es um die unrechtmäßige Vergabe von Fördergeldern in Millionenhöhe ging, trat er von allen politischen Ämtern zurück. Aufgrund seiner Position und seiner Amtsdauer von fast zehn Jahren gehörte er zu den einflussreichsten Akteuren in der Schlossplatzdebatte.

Bereits während der CDU-SPD Koalition unter Diepgen war er damit beschäftigt, seinen Kabinettskollegen Klemann (CDU) in seinen Bestrebungen für das Schloss zu neutralisieren. Kurz nach seinem Amtsantritt hatte Strieder erklärt, wie er sich den Umgang mit dem Schlossplatz vorstellte: Da kein Geld vorhanden war, sah er keinen Handlungsbedarf für Neubauplanungen. Den Palast wollte er daher auf jeden Fall zwischennutzen. Weitere Überlegungen sollten auf keinen Fall überstürzt werden, Strieder plädierte dafür, sich in dieser Frage viel Zeit zu lassen. Er wies auch darauf hin, dass der Palast durch den Beschluss der Volkskammer zur Wiedervereinigung auch ein nationales Denkmal geworden war, so dass ein Abriss schon allein aus diesen Gründen gut überlegt werden sollte.

Auch nach der Bundestagswahl 1998 und dem Antritt der rot-grünen Regierung stand Strieder zu seiner einmal gefassten Meinung und ließ sich weder durch Staatsminister Naumann (SPD) noch durch Kanzler Schröders Schlossphantasien beirren. „Keine Schnellschüsse“, lautete seine Devise. Nach der Abwahl der CDU-Senatoren im Juni 2001 und den vier Monate später erfolgten Neuwahlen, die zu einer rot-roten Regierung unter Wowereit (SPD) führten, war Strieders Position gestärkt. Mit dem neuen Kultursenator Thomas Flierl (PDS) verfolgte er nun konsequent eine Schlossverhinderungspolitik auf Landesebene. Weder durch die Entscheidung der Expertenkommission für eine barocke Fassade noch Umfragen, die inzwischen keine Mehrheit mehr für einen Palast erbrachten und auch nicht durch die Bundestagsentscheidung fühlte sich Strieder gebunden. Es müsse weiter nachgedacht werden, moderne Lösungen sollten nicht verhindert werden, lautete bis zuletzt seine Meinung. Besonders von der *FAZ* und der Berliner CDU wurde er dafür heftig kritisiert.

Letztlich war Strieder eine der tragischen Figuren in der Schlossplatzdebatte. Weder seine lauthals angekündigten Zwischennutzungskonzepte wurden verwirklicht, noch konnte er das barocke Humboldt-Forum verhindern. Und das, obwohl er im Laufe der Zeit auf immer größere politische Ressourcen zurückgreifen konnte; seit 1998, aber noch mehr nach 2001, hatten Parteifreunde und Gesinnungsgenossen alle wichtigen Schaltstellen der Macht auf Landes- und Bundesebene in ihren Händen. Umsonst – die „befriedende“ Wirkung des „Schlosses“ hatte sich als stärker erwiesen.

4.2.8. Linke Intellektuelle: Bruno Flierl und Julian Nida-Rümelin

Bruno Flierl und Julian Nida-Rümelin waren zwei Akteure in der Schlossplatzdebatte, wie sie durch ihre Herkunft und Prägung unterschiedlicher nicht sein konnten – und trotzdem verband sie das politische Ziel, eine „barocke Kulisse“ unbedingt zu verhindern. Wenn der Palast schon nicht gerettet werden konnte, sollte wenigstens eine moderne Lösung möglich sein.

Der 1927 geborene Flierl²¹⁹² gehörte in die gleiche Generation wie Fest und Siedler; sie alle waren kaum 20 Jahre alt, als sie auf den Trümmern des Dritten Reiches ein neues Deutschland aufzubauen hatten. Flierl studierte an der Hochschule der Künste Berlin und an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar. Von 1952 bis 1961 arbeitete er am Institut für Theorie und Geschichte der Architektur an der Bauakademie der DDR, 1962 wurde er für zwei Jahre Chefredakteur der Zeitschrift „Deutsche Architektur“. Dann

²¹⁹¹ Vgl. www.berlin.spd.de/servlet/PB/menu/1006362/index.html

²¹⁹² Vgl. www.deu.archinform.net/arch/11553.htm

wechselte er wieder an die Bauakademie der DDR. Von 1980 bis 1984 lehrte er an der Humboldt-Universität Architektur und Stadtentwicklung und publizierte anschließend als selbständiger Architekturkritiker. Flierl gehörte damit zu der systemkonformen und zugleich privilegierten Schicht der DDR; als bekannte (Ost-) Berliner Persönlichkeit war er von Anfang an Teil der Schlossplatzdebatte.

Bereits 1991 forderte Flierl, dass die Berliner Mitte frei bleiben müsse von einer politischen Besetzung. Damit sollten damals aktuelle Überlegungen, dort für den Bundespräsidenten oder den Außenminister eine neue Bleibe zu schaffen, verhindert werden. In den folgenden Jahren verdichteten sich seine Stellungnahmen auf drei Schwerpunkte: 1. der Schlossplatz ist der wichtigste Platz Deutschlands, 2. die Entscheidung, was in der Mitte gebaut werden soll, muss daher auf jeden Fall demokratisch legitimiert werden und 3. jeder Bau hat eine politische Botschaft, eine barocke Fassade ist daher für eine Republik unangebracht.

Ohne politisches Amt wirkte Flierl nur als intellektueller Ideengeber, der oft Interviews gab und von den Zeitungen gerne zitiert wurde. Das *ND* verehrte ihn als „renommierten Doyen“ der (Ost-) Berliner Architektenschaft. In welcher Weise er über seinen Sohn Thomas, der 2001 für die PDS Berliner Kultursenator geworden war, doch direkten Einfluss auf die Politik hatte, lässt sich in seinem konkreten Umfang nicht nachprüfen; dass es einen solchen Einfluss gab, wird man aber nicht leugnen können.

Nida-Rümelin konnte sich erst in der Endphase der Debatte als Akteur einbringen. Als Nachfolger des schlossfreundlichen Kulturstaatsministers²¹⁹³ Naumann trat er im Januar 2001 das Amt an und hatte es bis zum Oktober 2002 inne. In seine Amtszeit fiel die Entscheidung der Expertenkommission für die barocke Fassade, die Bildung des rot-roten Senats und die Bundestagsentscheidung. Mit dem Elan eines unverbrauchten politischen Quereinsteigers kämpfte er leidenschaftlich gegen das Schloss. Eine verkappte DDR-Nostalgie konnte man ihm schon allein aufgrund seiner Herkunft und Prägung nicht nachweisen.

Nida-Rümelin wurde 1954 in München geboren. Er wuchs dort auf und studierte in München und Tübingen Philosophie, Physik, Mathematik und Politikwissenschaft. 1983 wurde er in München promoviert und verfolgte eine wissenschaftliche Karriere. Als Humanist hat es Nida-Rümelin sich zum Ziel gemacht zu beweisen, dass man auch als Atheist nach ethischen Normen handeln kann. Bereits 1974 trat er in die SPD ein und wurde mit seiner Berufung als Kulturstaatsminister schlagartig außerhalb des akademischen Milieus bekannt.²¹⁹⁴

Dem Schlossplatz sprach er, der Münchner, – im Gegensatz zu Flierl – jede nationale Bedeutung ab. Für ihn war die Schlossplatzdebatte eine Berliner Angelegenheit, mehr nicht. Völlig Übereinstimmung mit Flierl herrschte hingegen in der Annahme, dass jeder Bau auch eine spezifische Botschaft habe. Auch für Nida-Rümelin war daher die barocke Fassade schlicht das „falsche Signal“. Die „dritte Republik“ repräsentiere sich nicht in der Berliner Stadtmitte, sie erschaffe sich dort auch nicht, schon gar nicht durch ein Schloss, das er auch als „dekorierte Schachtel“ bezeichnete. Bei aller Standhaftigkeit, die Nida-Rümelin an den Tag gelegt hatte, musste er doch mit seinem Standpunkt gerungen haben. Anders ist es nicht zu erklären, dass er vor der Bundestagsentscheidung in einem Interview erklärte, angesichts der „besonderen Situation“ auf dem Schlossplatz „nachdenklich“ geworden zu sein. Er deutete damit zumindest an, dass eine barocke Gestaltung des Neubaus vielleicht doch die richtige Antwort in der Debatte sein könnte. Ob seine „Nachdenklichkeit“ nur taktischer Natur war, um aus der Schusslinie publizistischer Angriffe, vor allem der *FAZ*, zu kommen, die ihm Selbstherrlichkeit, Unfairness und undemokratisches Verhalten vorwarfen, lässt sich nicht unzweifelhaft klären. Unklar ist auch, ob seine Ablösung als Kulturstaatsminister im Oktober 2002 mit seiner Politik in der Schlossplatzdebatte zusammenhing. Immerhin hatte er sich

²¹⁹³Offizieller Titel: Staatsminister beim Bundeskanzler und Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien.

²¹⁹⁴Vgl. www.nida-ruemelin.de/person.html

nicht nur gegen die Meinung seines obersten Dienstherrn, Bundeskanzler Schröder, gestellt, sondern auch gegen die der Mehrheit der Wähler.

4.2.9. Politische Anti-Schloss-Kämpfer: Die Berliner PDS und Thomas Flierl

Wenn die (West-) Berliner CDU in ihrer „Frontkämpfermentalität“ durch die Teilung der Stadt geprägt war, dann gab es diese Reflexe in umgekehrter Stossrichtung auch bei der (Ost-) Berliner PDS. Von Anfang an sträubten sich die Erben der DDR-Staatspartei gegen „reaktionäre“ Tendenzen in Berlin. Bei jeder Berlin-Wahl konnten sie Stimmen dazu gewinnen und 2001 den CDU-geführten Senat stürzen.

Von der ersten Stunden an war die PDS gegen den Abriss des Palastes und gegen die Errichtung eines „Schlosses“. Immer plädierte sie für eine „moderne Lösung“. So lange die PDS in Berlin nicht mitregierte, versuchte sie sich auf kommunaler Ebene gegen das Schloss zu stellen. Die von der PDS dominierte Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Mitte forderte im Zuge der Errichtung der Schlossattrappe 1993 vergeblich vom Senat die Rücknahme der Baugenehmigung. Ebenso kritisierte sie die Rückbenennung von Straßen und Plätzen. Bereits 1993 forderte die PDS eine Bundestagsentscheidung in der Schlossplatzdebatte. Immer wieder betonte die Partei, dass der Palast nicht das Eigentum des Bundes sei. Um ihren Forderungen Nachdruck und mediale Wirkung zu verleihen, kletterten 1997 mit Over und Gysi zwei prominente PDS-Politiker auf das Dach des Palastes und entrollten dort ein Transparent, in dem sie auf den Abrisscharakter der Sanierung verwiesen. Dass auch die rot-grüne Regierung den sanierten Rohbau nicht erhalten wollte, wie eine kleine Anfrage der PDS 1998 ergeben hatte, wurde von ihr als „Säuberung“ kritisiert. Durch Nicht-Nutzung wolle man den Bau aus der Erinnerung der Menschen tilgen, vermutete die PDS. Die Hoffnungen der Linken in die neue Regierung wurden bitter enttäuscht. Rot-Grün ließ nicht nur das für den Palast ungünstige Nutzungskonzept von 1996 unangetastet, der Kanzler und sein Kulturstaatsminister machten sich sogar für das Schloss stark. Petra Pau (PDS) geißelte Schröders Votum als „monarchische Geste“. Während die Grünen 2000 erstmals davon sprachen, die „Sehnsucht“ der Bürger nach dem Schloss ernst nehmen zu wollen, beharrte die PDS auf ein modernes Gebäudeensemble auf dem Schlossplatz.

Im Oktober 2001 übernahm die PDS als Juniorpartner der SPD Regierungsverantwortung in Berlin. Der Koalitionsvertrag sah ausdrücklich keine Mittel für eine Rekonstruktion auf dem Schlossplatz vor. Kultursenator wurde Thomas Flierl²¹⁹⁵, Sohn des Architekturkritikers Bruno Flierl. Geboren 1957, studierte er an der Humboldt-Universität Ästhetik und Kunstwissenschaft. 1985 geriet Flierl in Konflikt mit dem Regime, als er gegen den Abriss der Gasometer im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg protestierte; später wurde er bis 1990 dennoch Mitarbeiter im Kulturministerium der DDR. Nach der Wende engagierte er sich in der Kommunalpolitik, wurde 1998 Mitglied der PDS und am 17. Januar 2002 Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur.

Bereits zwei Monate nach seinem Amtsantritt konnte er sich gemeinsam mit Strieder und Nida-Rümelin als Schlossgegner profilieren, als er die Entscheidung der Expertenkommission für die barocke Fassade als „nicht bindend“ abtat. Er plädierte für weiteres Nachdenken und für Möglichkeiten, die eine moderne Lösung nicht ausgeschlossen hätten. Ebenso wie Strieder gehörte Flierl zu den tragischen Figuren auf Seiten der Schlossgegner; er konnte nicht nur keine seiner Forderungen durchsetzen, in einer Neuauflage der rot-roten Koalition musste er

²¹⁹⁵ Vgl. www.thomas-flierl.de/zur_person/

2007 sogar miterleben, wie der Berliner Senat Finanzmittel in Höhe von 30 Millionen Euro für das Humboldt-Forum zugesagt hatte.

4.2.10. Der „Palast-Wessi“: Peter Conradi

Conradi gehörte zu den Akteuren, die am lautesten gegen das Schloss kämpften. Sein Einsatz war polternd und aufbrausend. Mit dem Vorsitzenden der Expertenkommission, Swoboda, trennte er sich im Streit. Der Abschlussbericht sei kein „Abfalleimer“ für Conrads Beschimpfungen, hatte Swoboda entschieden und sich geweigert, seine Minderheitenmeinung mit abzudrucken. Wer nicht Conrads Meinung war, wurde in seinen eifernden Pressemitteilungen hart angefeindet. Er wollte sich durchsetzen und suchte keinen Ausgleich. Vom Typus her war Conradi das genaue Gegenteil des geschmeidig agierenden v. Boddien. Am Ende hatte sich der „Dinosaurier“ (*Welt*) selbst isoliert. Dabei war der Wahl-Stuttgarter Conradi, Jahrgang 1932, ein Herzblutpolitiker, der 1972 bis 1998 Mitglied des Bundestags gewesen war.²¹⁹⁶ Anfang der 1950er Jahre hatte er in den USA Sozialwissenschaften studiert, um nach seiner Rückkehr 1953 in Stuttgart mit dem Architekturstudium zu beginnen, das er 1961 erfolgreich beendete. Seine politische Prägung äußerte sich in der Mitgliedschaft des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS, 1958 bis 1960) und in dem Beitritt zur SPD 1959. In der Zeit der Schlossplatzdebatte konnte er als ordentliches Mitglied des Bauausschusses des Ältestenrates und als stellvertretendes Mitglied des Innenausschusses, des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau auf die Entscheidungen Einfluss ausüben. Nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag wurde Conradi 1999 (bis 2004) Präsident der Bundesarchitektenkammer und als solcher auch Mitglied der Expertenkommission. Als Chef der bundesdeutschen Architektenschaft kämpfte er für eine moderne Lösung auf dem Schlossplatz. Ähnlich wie Nida-Rümelin und Bruno Flierl war er von der Botschaftsfunktion der Architektur überzeugt; eine barocke Fassade hielt er daher für eine unzeitgemäße Lösung. Auch waren ihm geordnete Proportionen, Sichtachsen, Symmetrien und Pathos ein Gräuel, wie er bereits 1991 im Hinblick auf die Berliner Mitte erklärte. Eine „demonstrative Staatsarchitektur“ wollte er verhindern. Aber auch für den Palast hatte er zunächst nicht viel übrig, in ersten Planungsüberlegungen 1991 plädierte er noch für einen Abriss des DDR-Volkshauses.

4.3. Aspekte der deutschen Innen- und Außenpolitik nach 1990

In der Einleitung wird die tiefere Bedeutung des Schlossneubaus mit dem Wunsch der Eliten und breiter Bevölkerungsschichten nach „Normalisierung“ Deutschlands verbunden. Normal bedeutet in diesem Fall, das wesentliche Prinzipien der deutschen Innen- und Außenpolitik nach der Wiedervereinigung aufgegeben, bzw. verändert werden. Die Veränderungen in ihren Einzelheiten zu analysieren hätte den Rahmen der Arbeit gesprengt. Daher soll sich hier darauf beschränkt werden, im folgenden symptomatische Beispiele zu skizzieren. Im Bereich der Außenpolitik war der Beginn militärischer Intervention eines dieser Beispiele; die Verschärfung des Asylrechts stand exemplarisch für den Paradigmenwechsel in den Innenpolitik.

4.3.1. Auslandseinsätze der Bundeswehr

Das Ende des Kalten Kriegs 1989/90 änderte die weltpolitische Lage nachhaltig. Neue Konfliktlinien brachen auf. Im Zuge dieser neuen Konflikte begann bereits 1990 in Deutschland die Debatte, ob die Bundeswehr auch außerhalb des Nato-Gebiets in sogenannte

²¹⁹⁶ Vgl. www.bundestag.de/mdb/mdb13/bio/c/conrape0.html

„out-of-area“ Einsätzen aktiv werden dürfe. Sie darf, entschied die Regierung und schickte im Rahmen des sogenannten „Golfkriegs“ gegen den Irak Minenräumboote in den Persischen Golf.²¹⁹⁷ Damit war ein Präzedenzfall geschaffen, der schnell Schule machen sollte. Seitdem wurden zahlreiche Militäraktionen weltweit durchgeführt, viele mit weniger als 100 Mann und ohne direkte Gewaltoption. Einen Höhepunkt der neuen deutschen Militärdoktrin bildete der bis heute im Hinblick auf seine Rechtmäßigkeit umstrittene Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien 1999. Mit der Begründung, in der jugoslawischen Provinz Kosovo würden Kriegsverbrechen von serbischen Einheiten an Zivilisten verübt, entschlossen sich die Nato-Mitglieder zu einem militärischen Einsatz. Im Rahmen der Operation Allied Force begannen am 24. März 1999 Luftangriffe gegen Ziele in Jugoslawien; für die Bundeswehr war es der erste Kampfeinsatz seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die damalige rot-grüne Bundesregierung verteidigte den Marschbefehl mit der Begründung, eine humanitäre Katastrophe verhindern zu müssen. Kritiker sahen in der Nato-Aktion, die bis zum 10. Juni 1999 dauerte und vor allem die Infrastruktur des Landes zerstörte, einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Während die Vorbereitungen auf den Angriff auf Hochtouren liefen, hatte Kanzler Schröder in der Wochenzeitung DIE ZEIT (Februar 1999) von der für das Volk „befriedenden Wirkung“ einer Schlossrekonstruktion gesprochen. Angesichts der innen- und außenpolitischen Situation kann es sich auf keinen Fall um eine zufällige Wortwahl gehandelt haben.

Seit der „Feuertaufe“ der Bundeswehr wurden die militärischen Mandate von den Abgeordneten des Bundestags zunehmend „robuster“ ausgestattet. Als weitere Anknüpfung an alte Traditionslinien muss man die – seit 1945 verbotene – Einrichtung eines Generalstabs in Form des sogenannte „Einsatzführungskommandos“ in Potsdam-Geltow sehen, von wo aus alle Auslandseinsätze der Bundeswehr gesteuert werden.²¹⁹⁸ Die Mitte 2001 eingerichtete Kommandozentrale wurde in der ehemaligen Luftkriegsschule III der Wehrmacht untergebracht (heute: Henning-von-Tresckow-Kaserne). Im gleichen Jahr wurde die Bundeswehr mit Unterstützung der rot-grünen Parlamentsmehrheit auch im Rahmen des sogenannten „Kampfes gegen den Terror“ in den weltweiten (Dauer-) Einsatz geschickt. Der damalige Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) sagte in diesem Zusammenhang am 4. Dezember 2002 den inzwischen berüchtigten Satz: „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt“. Kritik an der neuen deutschen Militärdoktrin, die im Mai 2003 in den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VR) ausformuliert wurde, änderte die offizielle Marschrichtung nicht. Das Operationsgebiet der Bundeswehr ist seitdem beträchtlich ausgeweitet worden, wobei direkte Kampfhandlungen – etwa in Afghanistan – inzwischen zum Alltag der Soldaten gehören.

Die militärische Zurückhaltung, die sich die Bundesrepublik nach der Wiedererlangung seiner Souveränität selbst auferlegt hatte, und die nicht zuletzt durch die „aktive Gestaltung“ des Zweiten Weltkriegs begründet worden war, gilt heute nicht mehr. Krieg ist wieder eine Option zur Durchsetzung eigener Interessen geworden.

4.3.2. Die Verschärfung des Asylrechts

Die Zuwanderung nach Deutschland war 1992 – vor allem aufgrund des jugoslawischen Bürgerkriegs – auf rund 1,2 Millionen Zuzüge angestiegen.²¹⁹⁹ Unter den Einwanderern befanden sich fast 440.000 Asylbewerber. Der Ansturm führte zu langwierigen Verfahren und hohen administrativen Kosten. Teile der Bevölkerung reagierten auf die Zuzügler feindselig.

²¹⁹⁷ Ausführliche Angaben über aktuelle und abgeschlossene Einsätze der Bundeswehr findet man auf der Homepage www.einsatz.bundeswehr.de; die Daten und Fakten wurden im folgenden nicht einzeln belegt.

²¹⁹⁸ Vgl. ebd.

²¹⁹⁹ Ausführliche Darstellung der Thematik vgl. Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland: Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München 2001.

Bereits im September 1991 kam es in Hoyerswerda zu pogromartigen Übergriffen gegen Asylbewerber. Ein Jahr später, im August 1992, wiederholten sich die Bilder in Rostock-Lichtenhagen; am 23. November 1992 brannte das Haus einer türkischen Familie in Mölln. Angesichts der offenbar steigenden innenpolitischen Spannungen einigten sich die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP und die oppositionelle SPD am 6. Dezember 1992 auf den sogenannten „Asylkompromiss“; nur noch nachweislich politisch Verfolgte sollten jetzt Asyl erhalten können. Dem Asylkompromiss, der zur drastischen Veränderung des Asylrechts führte, war eine heftige innenpolitische Diskussion vorangegangen. Das uneingeschränkte Recht auf Asyl für politisch Verfolgte war im Artikel 16 des Grundgesetzes festgeschrieben und gehörte damit zum höchsten Rechtsgut der Bundesrepublik. Drei Tage nach seiner Reform am 26. Mai 1993 starben Migranten bei einem Brandanschlag in Solingen. Ab dem Juni 1993 traten folgende Verschärfungen in Kraft: 1. Wer aus einem „sicheren Drittstaat“ nach Deutschland einreiste, konnte sich nicht mehr auf das Grundrecht auf Asyl berufen; alle Deutschland umgebenden Länder wurden zu „sicheren Drittstaaten“ deklariert, eine umgehende Abschiebung an der Grenze wurde so möglich. 2. Stammte eine Person aus einem sogenannten „sicheren Herkunftsland“, wurde sein Asylantrag ebenfalls abgelehnt. Welcher Staat „sicher“ war, wurde durch ein zustimmungsbedürftiges Bundesgesetz festgelegt. 3. Zur Umgehung sicherer Drittstaaten war für Asylsuchende nur noch die Einreise per Flugzeug möglich; im Transitbereich der Flughäfen wurden daher Schnellverfahren durchgeführt, die verhinderten, dass Asylbewerber zu Einwohnern wurden; eine direkte Abschiebung war mit der sogenannten „Flughafenregelung“ gewährleistet. Die selbstaufgelegte Verpflichtung Deutschlands, aufgrund der leidvollen Erfahrung der jüngeren Geschichte, Flüchtlingen besonders großzügig Schutz zu gewähren, wurde so zur Makulatur.